



Ein Sturm der Empörung zieht durch die Reihen der französischen Umweltpolizei. Die Beamten des **Office français de la biodiversité (OFB)**, der für den Schutz der Umwelt und die Kontrolle von Verstößen zuständigen Behörde, haben am Freitag, den 31. Januar, zum Streik aufgerufen. Der Grund? Ein wachsendes Gefühl der Missachtung durch die Regierung – angefacht durch eine scharfe Kritik von François Bayrou.

## Ein Vorwurf, der das Fass zum Überlaufen bringt

Der Politiker hatte in seiner Grundsatzrede die Praxis kritisiert, dass Umweltbeamte bei Kontrollen von landwirtschaftlichen Betrieben bewaffnet erscheinen. Er sprach von einer „Demütigung“ der Landwirte und bezeichnete das Vorgehen der OFB als „Fehler“.

Diese Worte schlugen bei den betroffenen Beamten ein wie ein Blitz. **Véronique Caraco-Giordano**, Generalsekretärin der **Syndicat national de l'environnement (SNE-FSU)**, hält Bayrous Aussage für brandgefährlich:

„Es gibt ein völliges Unverständnis und eine Unkenntnis darüber, was die OFB-Agenten tatsächlich tun. Es ist gravierend, dass ein Premierminister Beamte öffentlich beschuldigt, Fehler zu begehen, ohne ihre Aufgaben genau zu kennen.“

Der Unmut richtet sich aber nicht nur gegen Bayrous Worte, sondern auch gegen den fehlenden Rückhalt durch den Staat. Die Umweltpolizei fühlt sich allein gelassen – und das, obwohl ihre Arbeit eine entscheidende Rolle beim Schutz der Natur spielt.

## Mehr als nur landwirtschaftliche Kontrollen

Ein weit verbreiteter Irrglaube ist, dass die Umweltpolizei in erster Linie Bauernhöfe kontrolliert. **Doch das entspricht nicht der Realität.**

Von den rund **40.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Frankreich macht deren Überprüfung lediglich 4 % der OFB-Einsätze aus.** Das Kerngeschäft der Behörde liegt woanders: **Bekämpfung von Wilderei, Kontrolle der Jagd und Schutz bedrohter Arten.**

Warum also sind die Beamten bewaffnet? Ganz einfach: Weil sie sich in gefährlichen Situationen wiederfinden.



„Die meisten Menschen, mit denen wir es zu tun haben, sind bewaffnet – wir müssen uns also schützen können“, erklärt Caraco-Giordano.

Jäger, Wilderer, illegale Holzfäller – viele der kontrollierten Personen führen Waffen mit sich. Ohne entsprechende Ausrüstung wäre der Job der Umweltpolizei lebensgefährlich.

## Ein „diskreter“ Waffenbesitz? Eine absurde Forderung

Die Regierung hat mittlerweile reagiert und fordert von den Umweltpolizisten, ihre Waffen „diskret“ zu tragen. **Eine Anweisung, die in der Praxis kaum umsetzbar ist**, wie Caraco-Giordano betont:

„Wie soll man eine Waffe, einen Teleskop-Schlagstock und Handschellen verstecken – vor allem im Hochsommer? Das ist einfach lächerlich.“

Die Gewerkschaft sieht in dieser Maßnahme nichts weiter als eine politische Beruhigungsspiel – eine rein symbolische Geste, die nicht zur Realität der Einsätze passt.

## „Wir sind nicht gegen die Landwirte“

In der aktuellen Debatte wird die Umweltpolizei oft als Gegner der Landwirtschaft dargestellt. **Ein verzerrtes Bild**, findet die Gewerkschaftschefin.

„Wir haben nichts gegen die Landwirte, die uns ernähren. Sie sind nicht pauschal Umweltverschmutzer oder Profiteure.“

Doch es gibt schwarze Schafe – Großbetriebe, die Umweltauflagen missachten, Pestizide unsachgemäß einsetzen oder geschützte Flächen illegal nutzen. **Gegen sie vorzugehen, ist Teil der OFB-Mission.**

Die aktuelle Krise zeigt vor allem eines: **Es fehlt an Kommunikation und Anerkennung für die Arbeit der Umweltpolizei.** Ihre Rolle ist essenziell für den Schutz der Natur – und wird doch immer wieder politisch infrage gestellt.



Bleibt die Frage: Wie lange sind die Beamten bereit, unter diesen Bedingungen weiterzumachen?

**Von C. Hatty**